

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 09.07.2020

Fragen

500 Euro Corona-Prämie für die Beschäftigten in den GGZ	Elke Heinrichs
Wirtschaftshilfe Innenstadt	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Mülltonnen auf öffentlichem Grund	Manfred Eber
„Romanisches Sportzentrum“ im Grazer Südwesten	Kurt Luttenberger

Anfragen

Projektförderungen im Rahmen der „Stadtteilarbeit neu“	Horst Alic
Grabungen Lager Liebenau	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Moria aufnehmen – Graz als Stadt der Menschenrechte muss dringend Humanität beweisen!	Elke Heinrichs
Umbenennung Kernstockgasse in Alfred-Kolleritsch-Gasse	Dr. Hans Peter Meister

Anträge

Denkmal für Hans Kloepfer	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Ehrenggrab Bartsch an der Mauer der Stallbastei	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Steiermark-Relief am Schloßbergmuseum	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Erhöhung der Gewaltschutzmittel - Petition	Mag. ^a Sahar Mohsenzada

Dringliche Anträge

Überziehungszinsen	Mag. ^a Sahar Mohsenzada
Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen	Manfred



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Dienstag, 7. Juli 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 9. Juli 2020

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: 500 Euro Corona-Prämie für die Beschäftigten in den GGZ

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

Die „HeldInnen des Alltags“, welche seit der Zeit des Lockdowns, bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, im Gesundheits- und Pflegebereich unter schwierigsten Bedingungen den Kollaps des Gesundheitssystems verhindert haben, haben bis zum heutigen Tag Großes geleistet.

Ihnen wurde teilweise durch sichtbaren Applaus durch die Bevölkerung gedankt.

Sie wurden auch seitens der politischen Vertreter wiederholt öffentlich belobigt.

Im Zuge des SWÖ-KV 2020 wurde Anfang April u. a. die Corona-Gefahrenzulage zwischen den Partnern der Sozialwirtschaft Österreich (Walter Marschitz und Erich Fenninger) und Vertretern der GPA und Vida zur Abgeltung der Gefahren und Belastungen aufgrund der Corona-Krise ausverhandelt. Dieser Abschluss der Sozialpartnervereinbarung sieht 500 Euro Prämie als besondere Wertschätzung vor. Die Auszahlung soll Ende Juli erfolgen.

Nicht Teil der Sozialwirtschaft sind die MitarbeiterInnen von KaGes und GGZ!

Im letzten GGZ-Ausschuss hat Herr Prof. Dr. Hartinger alle Leistungen der gesamten Mitarbeiterriege von den GGZ mit seinem ganz besonderen Lob bedacht.

Es wäre zudem aber mehr als gerechtfertigt, wenn die Anerkennung der besonderen Leistungen im Pflege- und Gesundheitsbereich auch bei den GGZ in Form einer monetären Zuwendung zum Ausdruck käme. So sollte der Corona-Bonus nach dem Vorbild von Oberösterreich in der Höhe von 500 Euro an alle MitarbeiterInnen ausbezahlt werden, welche im Zeitraum 16.3.2020 bis 30.6.2020 wertvollste Arbeit geleistet haben!

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Frage

Werden Sie in die Wege leiten, dass an die Beschäftigten bei den GGZ, analog zur vorgesehenen Abgeltung in der Sozialwirtschaft bzw. der Vorgehensweise in Oberösterreich, eine Corona-Prämie in Höhe von 500 Euro ausbezahlt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Dienstag, 7. Juli 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 9. Juli 2020

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Wirtschaftshilfe Innenstadt**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es ist noch gar nicht so lange her, da wurde von Seiten der Regierungsbank den lokalen Wirtschaftstreibenden jede mögliche Hilfe – insbesondere nach der Corona-Krise – zugesagt, damit Geschäfte in der Innenstadt überleben können. Ziel war es, das individuelle Bild der Innenstadt zu erhalten und Traditionsbetriebe durch günstige Mietpreise in städtischen Immobilien vor der Insolvenz zu bewahren.

Doch nun ist den Medien zu entnehmen, dass ausgerechnet im Erdgeschoss des Rathauses der Unternehmer Dietrich Mateschitz seinen ohnehin bereits dort angesiedelten Red-Bull-Shop in der Herrengasse erweitern und um einen Gastronomiebetrieb ergänzen darf. Mateschitz gilt dank seiner Anteile an der Red Bull GmbH als reichste Einzelperson in Österreich.

Frage

Wie verträgt sich die Vermietung an Dietrich Mateschitz / Red Bull mit der Ankündigung, in Zukunft städtische Immobilien bevorzugt an kleine, lokale Wirtschaftstreibende vermieten zu wollen, um den Innenstadthandel zu retten?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 7. Juli 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 9. Juli 2020

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Mülltonnen auf öffentlichem Grund

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter,

immer wieder, gefühlt immer öfter, haben wir in Graz insbesondere in den innerstädtischen Bezirken, mit folgendem Problem zu tun:

Private Hauseigentümer stellen die Mülltonnen auf dem Gehsteig ab. Dies wohl meistens aus dem Grund, dass die eigentlichen Müllplätze, die sich oftmals in den Innenhöfen befinden, nur schwer zugänglich sind.

In der Flurgasse 31 stellt es sich nun aber folgendermaßen dar:

Das Haus wurde in den vergangenen Monaten komplett saniert und zumindest zum Teil umgebaut. Nunmehr stehen auch die Mülltonnen auf dem Gehsteig, also auf öffentlichem Gut. Dadurch ergibt sich nun aber die Situation, dass der Gehsteig derart stark eingeschränkt wird, dass beispielsweise RollstuhlfahrerInnen nicht mehr vorbeikommen.

Meines Erachtens nach sollte die Frage, wo die Mülltonnen untergebracht werden, im Zuge der Bauverhandlung geklärt werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Frage

Werden seitens der Bau- und Anlagenbehörde im Zuge der Bauverhandlung Müllplätze für Wohngebäude bzw. -siedlungen vorgeschrieben, die nicht auf öffentlichem Gut liegen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 7. Juli 2020

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 9. Juli 2020

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: „Romanisches Sportzentrum“ im Grazer Südwesten

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Graz besitzt zugegebenermaßen vielfältige sportliche Einrichtungen, die zukünftig – gerade NACH Evaluierung der Coronapandemie – konsequent erweitert und ausgebaut gehören. Erinnerung noch die Konzeption eines zentralen „angelsächsischen“ Sport- & Freizeitzentrums in Graz Weinzödl. So weit so gut.

Eine weitere sportliche Schwerpunktaktivität lauert im Grazer Südwesten. Das seit Jahren brachliegende Gelände des ehemaligen „Tennisstüberl“ (Ecke Grillweg/Harter Str. 153) ruft direkt nach Erweckung zu einem „Romanischen Sport- und Freizeitzentrum“. Hier könnten Grazer Seniorinnen und Senioren ruhig und gelassen dem Wurfballsport Boule, Boccia und Pétanque frönen. Das auf dem Areal befindliche Gebäude wäre ebenfalls gut zu nutzen, beispielsweise könnte es kostengünstig für diverse Aktivitäten und Veranstaltungen an Grazer PensionistInnenvereine vermietet werden.

Eigentlich ist es ja nur eine Frage des Wollens, ob ein solches kleines, aber feines Freizeitzentrum im Südwesten von Graz bald Realität werden kann.

Frage

Werden Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, sich für das obengenannte Projekt einsetzen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Donnerstag, 09. Juli 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Projektförderungen im Rahmen der „Stadtteilarbeit neu“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bei der Gemeinderatssitzung im April lautete meine Frage:

„Wie viele und welche der von den Bezirksräten beschlossenen Förderansuchen für Projekte im Rahmen der Stadtteilarbeit, aufgeschlüsselt nach Bezirken, wurden seit Juli 2019 bis inklusive 31. 3. 2020 durch das Wohnungsamt gefördert und in welcher Höhe?“

Erfreulicherweise wurde noch am selben Tag ein Teil meiner Frage beantwortet, indem ich eine zahlenmäßige Aufstellung aller geförderten SIBET-Projekte erhielt. Leider ist bei dieser Aufstellung nicht ersichtlich, welche Projekte zwar vom Bezirksrat angenommen, in weiterer Folge aber vom Wohnungsamt abgelehnt wurden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Welche von den Bezirksräten beschlossenen Förderansuchen für Projekte im Rahmen der Stadtteilarbeit, aufgeschlüsselt nach Bezirken, wurden seit Juli 2019 bis inklusive März 2020 durch das Wohnungsamt abgelehnt?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Grabungen Lager Liebenau**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

„Jene Bereiche, die frei geblieben sind, werden diese Grabungen erleben - und da werden wir auch nicht müde werden, alles aufzuzeigen.“¹ Das haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, 2017 in ORF Steiermark gesagt, als im Zuge des Murkraftwerk-Baus erneut archäologische Funde aus dem ehemaligen Lager Liebenau aufgetaucht sind. Im heurigen Jahr (2020) wurden bei oberflächlichen Grabungen des Bundesdenkmalamtes auf dem Gelände Schuhsolen und Kämme gefunden.² Ein Gutachten der Archäologiefirma ARGIS und Luftaufnahmen von verfüllten Bombentrichtern, in die laut Aussagen von Zeitzeugen Leichen „entsorgt“ wurden, sind deutliche Hinweise darauf, dass bei tieferen Grabungen menschliche Überreste sowie andere Spuren der Grausamkeiten der NS-Zeit zu erwarten wären. Für deren Suche wäre jedoch nicht mehr das Bundesdenkmalamt zuständig, sondern die Abteilung Kriegsgräberfürsorge im Innenministerium. Die bräuchte jedoch von der Stadt Graz einen deutlichen Auftrag dafür, der trotz aller Ihrer Bekenntnisse zu historischer Forschung bisher nicht ergangen ist.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, folgende

Anfrage

Wann werden die Grabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lager Liebenau fortgeführt und insbesondere an den ausgewiesenen Verdachtsstellen in die Tiefe erweitert, um nach Überresten von Opfern des NS-Regimes zu suchen?

¹ <https://steiermark.orf.at/v2/news/stories/2859592/>

² <https://www.derstandard.at/story/2000117743300/grazer-spuren-der-grausamkeiten>



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 9. Juli 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Moria aufnehmen – Graz als Stadt der Menschenrechte muss dringend Humanität beweisen!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In einem der berüchtigtsten Flüchtlingslager auf der ägäischen Insel Lesbos, im Lager Moria (aber leider nicht nur dort), warten Hunderte von Kindern und Jugendlichen auf ihre Rettung durch die EU.

„Mittlerweile sind 24.000 Menschen auf dem Areal einer Kaserne eingepfercht, die für 3700 Soldaten gebaut wurde. Ihre Nahrung ist unzureichend und oft ungenießbar, es türmt sich Abfall, tausende Flüchtlinge müssen sich einen Wasserhahn teilen. Die Menschen werden wie Tiere gehalten. Im Namen Europas.“ (Jean Ziegler, Die Zeit, 25. Juni 2020, S. 8).

In der Herrengasse (neben dem bemalten Haus) hängt seit dem 1. Mai ein beinahe unscheinbares Transparent am Fenster – als einziges diesbezügliches Zeichen in der Stadt Graz – mit dem Hilferuf: „Moria evakuieren, Humanität beweisen.“

Wie gesagt, ein stiller Hinweis auf regelrechte Schreckensszenarien, welche sich in den Lagern von Leros, Kos, Chios, Samos und Lesbos seit langem abspielen.

Die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen sind mittlerweile an Körper und Seele erkrankt, hausen in den Lagern zwischen Ratten ohne jegliche Perspektive, sind gefährdet durch Corona und (organisierte) Kriminalität. Fälle von Suizid sind bekannt!

Europapol meldete bereits am 31. 1.2016 (!), dass 10.000 Flüchtlingskinder verschwunden sind, 5000 allein in Italien...

Zahlreiche Organisationen (u.a. „Ärzte ohne Grenzen“), die Evangelische Diakonie (Sprecher Christoph Riedl), die Katholische Bischofskonferenz (ganz aktuell deren Sprecher, Bischof Lackner, Orientierung, ORF 2, So, 21.6.2020) und auch mehrere österreichische Gemeinden („BürgermeisterInnen mit Herz“, eine Initiative von 20 oberösterreichischen SPÖ-BürgermeisterInnen), auch Vöcklabruck (ÖVP-Bgm. Mag. Herbert Brunsteiner), Herzogenburg, der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi etc., sie alle appellieren bzw. bieten die Aufnahme von Schutzbedürftigen an.

Die türkis-grüne Bundesregierung lehnt bislang eine Aufnahme ab.

Auch in der letzten Ausschusssitzung für Jugend und Soziales habe ich mein dringendes Anliegen thematisiert. Herr Stadtrat Hohensinner antwortete (hier knapp gefasst): „Auch mir als Familienvater krampft sich bei diesen Berichten alles zusammen, ich bin allerdings für Hilfe vor Ort. Alles andere wäre ein zusätzlicher Pull-Faktor.“

Wir wissen, dass Österreich sich durch Hilfsgelder und die Entsendung von Containern bereits beteiligt hat.

Deutschland, Luxemburg, Finnland und wenige andere europäische Staaten taten dieses auch und haben außerdem die dringendste Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen zumindest gestartet.

Wie ich auch bereits im Ausschuss geantwortet habe, möchte ich hiermit nochmals mit größter Sorge und Ungeduld betonen, dass die notwendigen Maßnahmen bereits viel zu lange aufgeschoben wurden.

Die hoffnungslosen Kinder und Jugendlichen, welche noch dazu auf sich alleine gestellt sind (!), müssen jetzt schnellstens versorgt, behandelt, unterrichtet, speziell gefördert und letztlich auch in den Arm genommen werden!

Nach einem errechneten EU-Schlüssel sollte es sich um **lediglich 30 unbegleitete Kinder und Jugendliche für Österreich** handeln!

Da andere Gemeinden die Mithilfe ja bereits angeboten haben, dränge auch ich als Gemeinderätin in der „Stadt der Menschenrechte“ auf ein rasches, wohlwollendes Handeln Ihrerseits, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Sinne der wartenden unbegleiteten Kinder und Jugendlichen in den Flüchtlingslagern, und ich bitte Sie, Ihren Appell an die Bundesregierung zu richten.

Der befürchtete Pull-Faktor würde im Falle der unbegleiteten jungen Menschen ja auch wegfallen!

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Werden Sie einen Appell an die Bundesregierung richten, damit Österreich seine humanitäre Verpflichtung wahrnimmt und rasch unbegleitete Kinder und Jugendliche aus den griechischen Flüchtlingslagern, insbesondere aus dem Lager Moria, aufnimmt?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister

Donnerstag, 9. Juli 2020

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Umbenennung Kernstockgasse in Alfred-Kolleritsch-Gasse**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Auch ich möchte diesmal mit einem Gedicht beginnen:

Epigramm

Dir gibt das Verweilen Sanftmut,
sie ist die Überraschung der Strenge,
die nichts bleiben läßt.

Du bist, was du verlierst,
was dir niemand bestimmen darf.

Das seit Anbeginn Gelebte
Wir sind es ganz und der Teil davon
Das dunkelgrüne Kamelienblatt
In deiner Hand übersetzt sich selbst:
Das Blatt bist du, vergiß die Blüte.

Dieses Gedicht stammt von **Alfred Kolleritsch**. Ich spare mir Anmerkungen zu seiner Biografie, die mit seinem Ableben oft erzählt wurde. Der Autor, Herausgeber und Mensch Alfred Kolleritsch steht für das heutige Graz, wie es sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

Und nun zu einem zweiten Gedicht:

Steirische Holzer, holzt mir gut
Mit Büchsenkolben die Serbenbrut!
Steirische Jäger, trifft mir glatt,
den russischen Bären auf das Blatt!
Steirische Winzer, presst mir fein
Aus Welschlandfrüchten blutroten Wein!

Das stammt von **Ottokar Kernstock**, Augustinerchorherr in Vorau, geboren in Marburg. Ein Autor, nach dem in vielen steirischen Orten Gassen benannt wurden. Das vorher rezitierte Gedicht stammt aus dem Jahr 1916 und wurde im Buch „Steirischer Waffensegen“ herausgegeben, welches von Kernstock und **Peter Rosegger** publiziert wurde. Viele deutschsprachige Autoren haben sich am Beginn des 1. Weltkriegs nationalistisch verrannt und das später revidiert.

Ottokar Kernstock hingegen schrieb für die Fürstenfelder Ortsgruppe der NSDAP 1923 das Hakenkreuzlied, das die NSDAP in den 20er Jahren für Propagandazwecke verwendete. Diesen Text kann man nicht zitieren, ohne in den Verdacht der Wiederbetätigung zu geraten. Deshalb verzichte ich an dieser Stelle darauf.

Kernstock war bis vor kurzem Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Maribor. Letztes Monat wurde ihm diese Ehrung von der Stadt entzogen. Vor kurzem hat der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Graz, Elie Rosen, in einem Interview beklagt, wie Graz mit belasteten Straßennamen umgeht und dass nichts geschieht, um den Status quo zu ändern.

Die Stadt Graz hätte jetzt die Gelegenheit, einerseits einem allseits anerkannten Bürger dieser Stadt, dem „Paten“ zweier österreichischer Literaturnobelpreisträger, Elfriede Jelinek und Peter Handke, nach seinem Ableben einen Erinnerungsort zu geben. Andererseits kann die Stadt Graz ein Zeichen gegen nationalsozialistisches Gedankengut setzen und mit der Grazer Partnerstadt Maribor gleichziehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Werden Sie die notwendigen Schritte einleiten, damit die Kernstockgasse in Alfred-Kolleritsch-Gasse umbenannt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: **Denkmal für Hans Kloepfer**

„Schreibm tuat er si Hitler, / und uns so guat gsinnt, / wie ma weit in der Welt / net an liabern wo findt.“

Wer ein Gedicht wie dieses liest, dem muss klar sein, dass Hans Kloepfer nicht einfach nur ein Heimatdichter war, sondern aktiver Unterstützer des Nationalsozialismus. Kloepfers Mitgliedsnummer in der NSDAP entstammte einem Nummernkontingent, das „verdienten Österreichern“ vorbehalten war und Hitler und Goebbels ließen bei seinem Begräbnis 1944 Kränze niederlegen.

Dennoch erfährt Hans Kloepfer in Graz nach wie vor eine deutlich sichtbare Ehrung durch eine Büste am repräsentativen Schloßberg.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Büste des nationalsozialistischen Dichters Hans Kloepfer am Schloßberg möge kritisch kontextualisiert oder andernfalls entfernt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Ehrengrab Bartsch an der Mauer der Stallbastei

Im Zuge der Errichtung des Schloßbergmuseums werden auch die Mauern der Kasematten saniert. In die Mauer der Stallbastei eingelassen ist das Urnengrab des Grazer Ehrenbürgers Rudolf Hans-Bartsch, bedeckt von einer Gedenktafel mit einem Spruch von Josef Friedrich Perkonig.

Beide Schriftsteller – Bartsch und Perkonig – zählen zu den aktiven Unterstützern des Nationalsozialismus. Der Grazer Ehrenbürger Bartsch, nach dem auch eine Straße benannt ist, ist in der engeren Auswahl der Liste kritischer Straßennamen enthalten und sollte daher durch ein solches Ehrengrab nicht mehr gewürdigt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Im Zuge der Renovierung der Kasemattenmauern soll die Urne von Rudolf Hans Bartsch exhumiert und in einem normalen Urnengrab am Grazer Zentralfriedhof beigesetzt werden. Die Gedenktafel soll – bei Interesse – dem GrazMuseum zugehen oder vernichtet werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

Donnerstag, 9. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Steiermark-Relief am Schloßbergmuseum

Im Zuge der Entstehung des Schloßbergmuseums werden auch Renovierungsarbeiten an den Gebäuden vorgenommen. Bei der Präsentation der Museumspläne war jedoch unklar, was mit der Steiermark-Reliefkarte passiert, die die Außenwand des Vordaches „ziert“, unter dem die Kanonen untergebracht waren. Auf der Karte ist die Steiermark in ihrer Ausbreitung während der NS-Zeit zu sehen – die slowenischen Gebiete sind darauf unkontextualisiert und undatiert als Untersteiermark verzeichnet, die Ortsnamen in deutscher Schreibweise angegeben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die absolut nicht mehr zeitgemäße Darstellung der Steiermark auf der Reliefkarte am Schloßbergmuseum soll entfernt oder zeitlich und politisch kontextualisiert werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a. Sahar Mohsenzada

Graz, am 3. Juli 2020

Antrag

Betrifft: Erhöhung der Gewaltschutzmittel - Petition

Seit Jahresbeginn haben in Österreich 11 Männer ihre Partner*innen ermordet - 14 weitere haben es versucht.¹ Fest steht: Alle 2 Wochen wird in Österreich eine Frau ermordet. Die Schlagzeilen häufen sich: Letzte Woche hieß es „**Junge Mutter in Tirol erwürgt: Ehemann geständig**“², zwei Wochen davor in Kärnten: „**Doppelmord: Motiv noch immer unklar**“³.

Der Lockdown hat zudem noch einiges zur Verschärfung der Situation beigetragen, denn kein *Ort ist für Frauen gefährlicher als das eigene Zuhause*. Gerade in Krisenzeiten nimmt die Gewalt zu, nur dass sie in der Zeit des Corona-Lockdowns weniger sichtbar geworden ist, da oft nichts nach draußen dringen konnte, desweiteren fällt es den Opfern viel schwerer „wegzugehen“.

Gerade in dieser Situation ist die Frauenhelpline unersetzlich, sie verzeichnete einen 40%igen Anstieg während des Lockdowns. Die Helpline ist kostenlos und steht 24 Stunden pro Tag für Gewaltbetroffene zur Verfügung. Doch diese wichtige Institution musste ab Juni ihren Betrieb einschränken, denn es fehlen rund 80.000 Euro. Die Helpline wird mit jährlich 317.800 Euro zur Gänze aus dem Frauenministerium finanziert. Im Zuge der Corona-Krise hat Frauenministerin Susanne Raab zwar die Basisfinanzierung um 38.000 Euro aufgestockt und eine Einmalzahlung

¹ <https://www.aeof.at/index.php/zahlen-und-daten>

² https://kurier.at/chronik/oesterreich/junge-mutter-in-tirol-erwuergt-ehemann-gestaendig/400954904?fbclid=IwAR13ZCa_fLx5aTcY1yiR1YBMxgZ9IwEwnSo7ZNB0yESyh3RxbtZsUOBFu8

³ https://kaernten.orf.at/stories/3052137/?fbclid=IwAR0yadgRHvnn1bgukh6_X8uKWqcVKHs_szrMpXVjCQXRaliizDaxlcj8rnGE

über 22.000 Euro bereitgestellt. Aber diese Summe reicht bei weitem nicht aus. Dies versichert auch Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Frauenhäuser.⁴

Die Frauenhelpline ist nur ein Beispiel für die chronische Unterfinanzierung von Gewaltschutzmaßnahmen in Österreich.

Die erste große repräsentative Studie der TU München zu Erfahrungen von Frauen und Kindern mit häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie besagt, dass rund 3,6 % der Männer ihre Partnerin während des Lockdowns vergewaltigt haben, 1,5 % der Frauen und 1,6% der Kinder wurden Opfer physischer Gewalt. Die Zahlen sind durchaus mit Österreich vergleichbar. Denn der Verlust des Arbeitsplatzes, die akuten finanziellen Sorgen, der verschlechterte psychische Gesundheitszustand sind Faktoren, die bei uns gleichermaßen aufgetreten sind.⁵ Auch wenn die Lockdown-Phase vorbei ist, kann man nicht davon ausgehen, dass es zu einem Rückgang von Gewalttaten kommen wird, allein, wenn man die Arbeitslosenstatistiken berücksichtigt. Abgesehen davon kann es jederzeit zu einer zweiten Welle kommen.

Gewalttaten gegen Frauen und Kinder haben sich während des Corona-Lockdowns also massiv verstärkt. Doch das Problem mit mangelnden Mitteln zur Gewaltprävention gibt es nicht erst seit heuer: Der Gewaltschutz ist in Österreich chronisch unterfinanziert. Das Frauenbudget wurde zehn Jahre lang nicht erhöht, aktuell liegt es bei rund 12,5 Millionen Euro. Manche mögen jetzt argumentieren, dass das Frauenbudget 2020, also erst kürzlich, von zehn auf etwas über zwölf Millionen erhöht wurde, doch dies ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, denn der Betrag entspricht lediglich der Inflationsanpassung.

Damit eine tatsächliche, nachhaltige und wirksame Strategie in der Gewaltprävention umgesetzt werden kann, wäre ein 210-Millionen-Euro-Paket zur Finanzierung von Schulungen, Workshops, Infomaterialien, Beratungsangeboten und Notunterkünften usw. erforderlich. Der Betrag wird nicht zuletzt von der Allianz „Gewaltfrei leben“ als realistisch angesehen und gefordert.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, an die Bundesregierung sowie den Bundesgesetzgeber heranzutreten und folgende Maßnahmen im Petitionsweg einzufordern:

- 1. Die sofortige finanzielle und personelle Aufstockung der Frauenhelpline muss gewährleistet werden.**
- 2. Die Förderung im Bereich der Gewaltprävention ist massiv aufzustocken, um die im Motivenbericht skizzierten Maßnahmen entsprechend finanzieren zu können.**

⁴ <https://www.zeit.de/2020/21/haeusliche-gewalt-corona-lockdown-frauenhaeuser/seite-1>

⁵ <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a. Sahar Mohsenzada

Graz, am 9. Juli 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Überziehungszinsen

Es ist unbestritten: Die letzten Monate waren schwer für viele Menschen. Für manche mehr, für manche weniger, ganz besonders, was die finanzielle Belastung betrifft.

Mit März ist die Arbeitslosenzahl auf mehr als eine halbe Million gestiegen, ein historischer Höchststand! Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigte, deren Arbeitszeiten gekürzt wurden, sowie Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kunst- und Kulturschaffende, deren Einkommen auch jetzt noch stark eingeschränkt sind oder gar ganz ausfallen.

Dies führt unweigerlich dazu, dass die Bevölkerung sich das alltägliche Leben nicht mehr leisten kann und in der Folge ihr Konto überzieht, um wichtige lebensnotwendige Ausgaben bestreiten zu können. Darüber hinaus werden zahlreiche ÖsterreicherInnen jetzt in die Lage kommen, ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen zu können.

Den BürgerInnen wird auf vielen Serviceseiten geraten, sich in ihrer Bank, Bausparkasse, Leasinggesellschaft oder Kreditkartenfirma zu melden und mit dem zuständigen Betreuer bzw. der Betreuerin zu verhandeln. Im näheren sehen die gesetzlichen Maßnahmen ein **gesetzliches Stundungsrecht** von Zahlungen vor, *die im Zeitraum von 1. April bis 30. Juni 2020 aufgrund eines Verbraucherkreditvertrages zu leisten sind. Das bedeutet, dass **im Bedarfsfall** Pauschalraten (Rate inklusive Tilgungs- und Zinszahlungen), Kapitalrückzahlungen oder Zinszahlungen zur Gänze **für drei Monate ausgesetzt** werden können.*¹

Verkürzt bedeutet es, dass die Zahlungen auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben werden und die Laufzeit des Kredits sich um drei Monate verlängert.

Im besten Fall kann man also mit einer Stundung rechnen, aber die Zinsen laufen im Normalfall weiter. Man kann zwar auch über eine Zinssenkung verhandeln, aber es liegt in der Hand der zuständigen Bank, ob sie sich darauf einlässt oder nicht.

¹ <https://www.arbeiterkammer.at/zahlungsschwierigkeiten>

Besonders hart trifft ein finanzieller Engpass jene, die ein Girokonto überziehen, denn üblicherweise müssen sie mit Überziehungszinsen von bis zu 13 Prozent rechnen. Beispielsweise zahlt man bei der Raiffeisen Bank einen Überziehungszinssatz von 12,85% und 12,75% bei der Ersten Bank.

Aus Sicht der KPÖ wäre es daher dringend nötig eine gesetzliche Obergrenze für Überziehungszinsen festzulegen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, an die Bundesregierung sowie den Bundesgesetzgeber heranzutreten und folgende Maßnahmen einzufordern:

- 1. Die Kredit- als auch Überziehungszinsen sollen bis zum Jahresende per Gesetz ausgesetzt werden.**
- 2. Eine gesetzliche Regelung soll gewährleisten, dass Überziehungszinsen von Girokonten den Zentralbanksatz (Leitzins) um nicht mehr als 5 % überschreiten dürfen.**



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 09. Juli 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen

Die Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen wurden 2017 vom Gemeinderat mehrheitlich abgeändert. Konkret wurden die Voraussetzungen für ein Ansuchen um eine Gemeindewohnung dahingehend geändert, dass nunmehr der Antragsteller den Hauptwohnsitz durchgehend fünf Jahre in Graz haben muss. Gleichgestellt sind Personen, die insgesamt 15 Jahre in Graz hauptwohnsitzgemeldet waren.

Ziel dieser Regelung ist es, laut zuständigem Stadtrat, Vizebürgermeister Eustacchio, Grazerinnen und Grazer bei der Wohnungsvergabe von Gemeindewohnungen zu bevorzugen. Das ist nachvollziehbar. Allerdings entstehen dadurch auch Schwierigkeiten für Personen, die nicht gerechtfertigt erscheinen.

Ein konkretes Beispiel dazu:

Eine 36jährige Alleinerzieherin, die 2008 von Bruck an der Mur nach Graz gezogen ist, zwischenzeitlich aber von 2014 bis 2017 in Seiersberg gewohnt hat, kommt weder auf 5 Jahre durchgehenden Hauptwohnsitz noch auf die insgesamt 15 Jahre. Sie hat also keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung, obwohl Graz für sie schon lange Lebensmittelpunkt ist und auch soziale Kriterien für eine Gemeindewohnung sprechen würden.

Interessant in diesem Zusammenhang ist jedenfalls die aktuelle Diskussion in München. Auch dort gab es das Kriterium des Hauptwohnsitzes, nach einem Beschluss des EUGH und des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes wurde dieses allerdings gekippt. Begründet wurde es damit, dass die „Verweildauer“ nur ein nachgereihtes Kriterium sein darf. Das bedeutet, dass nur bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Bedürftigkeit und Dringlichkeit dieses Kriterium zum Tragen kommt. Wir sollten uns jedenfalls darauf einstellen, dass auch wir in Graz diese Diskussion führen müssen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat ersucht den Verwaltungsausschuss Wohnen Graz, einen Entwurf für neue Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Dabei soll insbesondere der Punkt 2.2 abgeändert werden mit dem Ziel, das Kriterium „Hauptwohnsitz“ auf ein Jahr zu verkürzen.